

Die Allianz für ein alternatives Handelsmandat

Eine andere Welt ist möglich

Nach Bekanntwerden der Pläne für eine transatlantische Freihandelszone sind in kürzester Zeit nationale und internationale Bündnisse und Netzwerke entstanden, die gegen dieses Projekt protestieren. Eines dieser Netzwerke ist die Allianz für ein Alternatives Handelsmandat, in der sich fünfzig Organisationen aus der EU zusammengeschlossen haben, um eine Wende in der europäischen Handels- und Investitionspolitik anzustoßen. Die Allianz veröffentlichte ihr erstes Arbeitsergebnis zur gleichen Zeit, zu der die TTIP-Verhandlungen begannen. Damit haben die freihandels-kritischen Bewegungen zum ersten Mal einen umfassenden Gegenentwurf entwickelt.

Das Scheitern der OECD-Pläne für ein multilaterales Investitionsabkommen (MAI), verursacht durch die Offenlegung der Dokumente und den darauf folgenden öffentlichen Skandal im Jahr 1998, markierte eine Wende im bis dahin weitgehend ungebremsen Durchmarsch des neoliberal globalisierten Kapitalismus. Das Scheitern der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle 1999 folgte. Hier war es die Kombination aus den Straßenblockaden der sozialen Bewegungen und dem Widerstand der Entwicklungsländer, die nach 4 Jahren WTO-Regime erkannten, dass sie über den Tisch gezogen werden.

Für einige Jahre folgten die Widerstands-Strategien der globalisierungskritischen Bewegung erfolgreich diesen beiden „Strategien“: Skandalöse Politikprojekte wurden öffentlich gemacht. Bei großen Regierungstreffen koordinierten die Aktiven die Vorgänge im Konferenzgebäude geschickt mit Protestaktionen draußen, um auf kritische Verhandlungsstände aufmerksam zu machen. Der Ausverkauf der öffentlichen Dienstleistungen durch das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und die Neuauflage des MAI, beides im Rahmen der WTO, wurden so auch aufgrund des gesellschaftlichen Protestes verhindert. Die WTO als Plattform für das Vorantreiben einer neoliberalen Welt-Wirtschaftsverfassung wurde vorerst aufgegeben. Gleichzeitig wurde 2001 das Weltsozialforum gegründet, um der globalen Zivilgesellschaft ein Forum für den Austausch über eine „andere Welt“ zu geben. Und als Antwort auf den zunehmenden Neo-Kolonialismus der nördlichen Industriestaaten entwickelten NGOs im Süden Ansätze für „Alternativen Regionalismus“ und Süd-Süd-Kooperation.¹ Im Rahmen des Lissabonvertrags ging die Kompetenz über die Handels- und Investitionspolitik komplett auf die EU-Ebene über. Druck auf die nationalen Parlamente auszuüben war damit als Strategie lahm gelegt. Statt auf WTO-Ministerkonferenzen mit großer Öffentlichkeit, verhandelte die EU nun bilateral mit kleinen Staatengruppen.

¹ www.tni.org/work-area/alternative-regionalisms

Eine entscheidende Herausforderung für die freihandels-kritische Bewegung liegt darin, dass es keine offene gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber gibt, welche Handelspolitik wir brauchen und wollen. Die Öffnung möglichst aller Märkte und Investitionsmöglichkeiten für die europäischen Unternehmen ist das Ziel der EU-Kommission, bei dem sie weitgehend freie Hand hat und bei dem sie wo es geht hinter verschlossenen Türen agiert. In der veröffentlichten Meinung der Massenmedien ist der Welthandel der Heilsbringer, der den europäischen und vor allem den deutschen Wohlstand sichert. Der Widerstand gegen Freihandelsabkommen mit Ländern des Südens konnte in diesem Umfeld allenfalls Sympathiepunkte für solidarisches Verhalten mit den „Armen“ ernten.

Um gegen diese Denk- und Diskussionsblockade angehen zu können, reicht es nicht mehr, erst dann aktiv zu werden, wenn wieder ein neues Abkommen droht. Die sozialen Bewegungen müssen Strategien entwickeln, um Gegenentwürfe in die öffentliche Debatte und in die Entscheidungsprozesse zu bringen. Das Alternative Handelsmandat ist dafür ein erster Versuch auf europäischer Ebene.

1.1. Das Alternative Handelsmandat: Zivilgesellschaft setzt Politikziele

In den Strategiedebatten des europäischen Bündnisses handelskritischer Gruppen, dem „Seattle to Brussels Network“, kam Ende 2009 die Idee auf, ein Beispiel aus den USA aufzugreifen. Dort hatten NGOs es geschafft einen alternativen Gesetzentwurf zur Handelspolitik in den Kongress einzubringen. So entstand die Idee, auch in Europa Grundsätze für eine alternative europäische Handelspolitik zu entwickeln. Inzwischen sind über 50 Organisationen an der Alternative Trade Mandate (ATM) Allianz beteiligt, darunter Gruppen wie das Corporate Europe Observatory (CEO), Oxfam Deutschland oder das Trade Justice Movement UK, Umweltorganisationen sowie die Attac Gruppen aus Frankreich, Spanien und Deutschland.

Die Idee für ein alternatives Handelsmandat geht nicht von den üblichen Themen der Freihandelsverträge aus, sondern setzt Grundsätze und Werte, die realisiert werden sollen. Es werden Bedürfnisse der Menschen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts skizziert und die Frage gestellt, welche Rolle der Handel und die Handelspolitik dabei spielen kann und muss. Deshalb ist das ATM als langfristiges Projekt für einen Paradigmenwechsel in unserer Wirtschaftsweise zu verstehen. Nach einem vier-jährigen Konsultationsprozess mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung wurde im Herbst 2013 das ATM-Dokument vorgelegt, das den Stand der Diskussion zusammenfasst. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die wichtigsten Kritikpunkte, Forderungen und Vorschläge, die im ATM Dokument dargestellt sind.²

² Dargestellt ist hier der Entwurf vor Abschluss der Online-Konsultation, aktueller Text s. www.alternativetrademandate.org

Die Grundsätze einer alternativen Handels- und Investitionspolitik

Im Zentrum des Alternativen Handelsmandats stehen Grundsätze einer demokratisch kontrollierten Handels- und Investitionspolitik, die den Menschen dient und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Zusammengefasst geht es um zwei Kernforderungen. Die Verwirklichung umfassender Menschenrechte und um das Recht von Gesellschaften, ihre Lebensverhältnisse selbstbestimmt zu gestalten. Im Einzelnen werden zwölf Punkte benannt:

„Das Alternative Handelsmandat fordert Handels- und Investitionspolitiken,

- 1. die den Menschenrechten, einschließlich Frauen- und ArbeitnehmerInnenrechten und dem Schutz der Umwelt Vorrang vor privaten und Konzerninteressen geben;*
- 2. die es Regierungen erlauben, zur Umsetzung eigener Strategien für nachhaltige Entwicklung Handel und Investitionen zu regulieren;*
- 3. die es Ländern, Regionen und Kommunen ermöglichen, Produktion und Güterverteilung zu steuern und die selbst produzierten Güter und Dienstleistungen zu verwerten;*
- 4. die das Recht anderer Länder und Regionen respektieren, sich zu entwickeln und dabei dem lokalen und regionalen Handel Vorrang vor dem Welthandel zu geben, zum Beispiel im Bereich der Nahrungsmittel;*
- 5. die den europäischen Regierungen und Parlamenten ermöglichen, ihre Konzerne für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Aktivitäten überall auf der Welt zur Verantwortung zu ziehen;*
- 6. die das Recht auf Ernährungs-Souveränität respektieren und es Staaten und Kommunen erlauben, einer lokalen und regionalen Nahrungsmittelversorgung Vorrang zu geben;*
- 7. die eine Verstärkung bindender Sozial- und Umwelt-Standards und volle Transparenz in der globalen Wertschöpfungskette ermöglichen;*
- 8. die eine faire Verteilung der Gewinne innerhalb der globalen Wertschöpfungskette ermöglichen und dabei stabile und angemessene Einkommen für Produzenten und ArbeiterInnen, sowie bezahlbare Preise für KonsumentInnen garantieren;*
- 9. die das Recht der Regierungen, Parlamente und der öffentlichen Hand aufrecht erhalten, den Finanzdienstleistungs-Sektor und das Währungs- und Finanzsystem zu regulieren, und zur Vermeidung von Instabilitäten den Kapitalverkehr zu beschränken;*
- 10. die den freien Austausch und Zugang zu Wissen ermöglichen, zum Beispiel durch Open Source Systeme, Tauschinitiativen für Saatgut oder Patent-Pools sowie Open Licensing, um Innovationen zu fördern und den Zugang zu Medikamenten zu verbessern;*
- 11. die den Ausschluss bestimmter Bereiche, darunter öffentliche Güter wie Wasser,*

Gesundheit und Bildung, oder Finanzdienstleistungen aus europäischen Handels- und Investitions-Verhandlungen vorsehen;

12. *die das Vorsorge-Prinzip bei allen Regulierungen und Handels- und Investitionsregeln anwenden, um die Öffentlichkeit vor möglichen Schäden schützen.“ [ATM, Überstz. JL]*

Aus dem ATM-Diskussionsprozess gingen bisher zehn Bereiche hervor, die eine zentrale Bedeutung für unsere Lebensverhältnisse haben und die besonders von der EU Handels- und Investitionspolitik betroffen sind.

Ganz oben stehen **Nahrung und Nahrungsmittelproduktion**: Unser globales Landwirtschaftssystem versagt gegenüber den Bauern, unserer Gesundheit und der Umwelt. Die Politik hat einer von Großkonzernen beherrschte „Nahrungsmittelfabrik“ Tür und Tor geöffnet, die mit Dumping-Preisen die lokalen und regionalen Bauernmärkte in den Entwicklungsländern zerstört und auch in der EU instabile und nicht-auskömmliche Erzeugerpreise verursacht, während Ressourcen in den Entwicklungsländern für die Exportproduktion von Luxusgütern wie Tierfutter und Agro-Treibstoffen vergeudet werden.

Das Alternative Handelsmandat fordert eine radikale Wende der europäischen Agrarpolitik hin

- zur größtmöglichen Unabhängigkeit von Agrarimporten,
- zur Respektierung der Ernährungssouveränität, die es den Menschen ermöglicht über ihr lokales Landwirtschafts- und Ernährungssystem selbst zu entscheiden,
- und zur Förderung der ökologischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft.
- Hierzu müssen Handels- und Investitionsabkommen, die zur Zerstörung von Märkten und zu Landraub führen, beseitigt werden.

Daneben schlägt das ATM eine Reihe von Einzelmaßnahmen vor, wie den Stopp des Imports von Agro-Treibstoffen, die Einführung bindender und hoher Umweltstandards für den Import von Agrarprodukten, die die EU nicht selbst herstellen kann (wie Kaffee und Kakao), den Aufbau von Nahrungsmittel-Reserven zur Preisstabilisierung u.a.

Im zweiten Punkt geht es um **Gute Arbeit und ArbeiterInnen-Rechte**. Das Welthandelssystem zwingt ArbeitnehmerInnen und kleine Unternehmen weltweit systematisch in Konkurrenz um die niedrigsten Löhne und Standards – das berüchtigte „Rennen nach unten“. Ländern mit höheren Standards droht hohe Arbeitslosigkeit. Dagegen setzt das ATM die Forderung nach einer „Globalisierung“ von guter Arbeit.

Erreicht werden soll dies zum Beispiel, indem die EU

- Stakeholder, wie z.B. Gewerkschaften vor vornherein in die Verhandlungen von Handelsverträgen einbezieht,
- die Einhaltung von Mindeststandards und Mindestlöhnen zur Voraussetzung für den

Abschluss von Handelsverträgen macht,

- und Abwehrmechanismen wie z.B. gegen Sozial- und Lohndumping konsequent einsetzt, um Ländern mit einer fairen Arbeitnehmerbehandlung bessere Chancen einzuräumen.

In zwei Abschnitten geht es um **Geld und Investitionen**, um Banken, Investoren und ihr Verhalten. Die Probleme hierbei sind vielschichtig. Investitionsabkommen beschneiden den Handlungsspielraum von Regierungen und verhindern insbesondere Beschränkungen des Kapitalverkehrs. Dadurch erschweren sie es, ausländische Direktinvestitionen tatsächlich auch im Land für nachhaltige Entwicklung nutzbar zu machen, indem z.B. Investoren verpflichtet werden einheimische Arbeitskräfte zu beschäftigen, oder Gewinne teilweise im Land zu re-investieren. Das ATM fordert stattdessen den Einsatz von Investitionen für eine nachhaltige Zukunft und einen Finanzsektor, der als Dienstleister für die Menschen da ist. Erreicht werden soll dies unter anderem, indem

- die EU existierende Investitions-Verträge, welche die Durchsetzung von Menschenrechten und anderen staatlichen Verpflichtungen behindern, kündigt und durch eine neue Generation von Verträgen ersetzt, die den Einsatz von Investitionen für eine ökologisch nachhaltige und soziale Entwicklung fördern,
- Regierungen in Ländern des Südens sich das Recht vorbehalten, gegen unerwünschte Investitionen und schädigendes Investorenverhalten vorzugehen, sowie angemessene Steuern zu erheben,
- Bürgerinnen und Bürger umfassend über Investoren-Projekte informiert werden,
- ein internationaler Strafgerichtshof für Konzernverbrechen eingerichtet wird, und internationale Sanktionen gegen Konzerne eingesetzt werden, die ihre sozialen und ökologischen Verpflichtungen nicht einhalten,
- die Finanzmärkte einer strikten Kontrolle unterworfen werden; Finanzprodukte sollen auf ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen geprüft werden und hochriskante Geschäftspraktiken verboten werden,
- die Entstehung von systemrelevanten Großbanken verhindert wird („nie wieder too big to fail“),
- und Freihandelsverträge, welche die De-Regulierung von Finanzdienstleistungen zum Ziel haben gekündigt werden; es soll Regierungen möglich sein, anhand von Qualitätskriterien zu entscheiden welche Finanzdienstleister sie ins Land lassen und ggf. einheimischen Banken den Vorzug zu geben.

Auch zu den komplexen Themen Investitionen und Finanzdienstleistungen gab es Fachkonsultationen, die ausführlichere Papiere mit ausgearbeiteten Vorschlägen veröffentlicht haben.

Menschen brauchen Ressourcen um für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können. Aber die wachsende Abhängigkeit der EU vom Import endlicher **Rohstoffe** heizt weltweit die Ressourcen-Konkurrenz an. Und das nicht nur um Erdöl und seltene Erden, sondern zunehmend auch um Land, Wasser und Agrarprodukte für die schnell wachsende Bio-Economy.³ Die EU benötigt bereits heute rund das 1 1/2-fache ihrer eigenen Landfläche für die Produktion ihrer Nahrungsmittel und nachwachsenden Rohstoffe.⁴ Der globale Süden wird zum Rohstofflager, in dem sich die Unternehmen der Industriestaaten dank Freihandels- und Investitionsverträgen nach Belieben bedienen können und damit den Menschen in den betroffenen Ländern die Lebensgrundlagen rauben. Zugang zu Rohstoffen ist heute eines der wichtigsten Ziele von Freihandelsverträgen zwischen der EU und Ländern des Südens.

Das Alternative Handelsmandat orientiert sich an den Leitgedanken der **Nachhaltigkeit** und der **Ressourcengerechtigkeit**. Die EU muss dafür den Import und Verbrauch von Rohstoffen drastisch reduzieren. Das ATM fordert unter anderem:

- Entwicklungsländer müssen das Recht haben, den Export ihrer Rohstoffe zu regulieren.
- Die EU muss ihre Praxis aufgeben, höhere Zölle auf Fertigprodukte als auf Rohstoffe zu erheben und dadurch die eigene Industrie auf Kosten der Rohstofflieferanten zu schützen.
- Politische Kontrolle über internationale Rohstoff-Konzerne, z.B. durch Anti-Trust Gesetze und das Zerschlagen der Rohstoffgiganten, die den Bergbau-, Agrar- und Energie-Sektor dominieren.
- Die EU muss ihre Pläne zum Aufbau einer Bio-Economy aufgeben und stattdessen eine ökologische Restrukturierung ihrer Industrie vornehmen, mit Priorität auf Recycling, Ressourceneffizienz und Verringerung vom Abfall und Energieverbrauch.

Internationale Handels- und Investitionsabkommen stehen verantwortungsbewussten Lösungen für den **Klimawandel** im Weg. Sie sind eine treibende Kraft hinter dem Wachstum energieintensiver Industrien, CO2 verursachenden Landwirtschaftsmodellen und der Zerstörung von Wäldern. Viele Regierungen scheuen sich, Maßnahmen gegen klimaschädliche Produkte und

³ Der neue Wirtschaftszweig aus nachwachsenden Rohstoffen und Bio-Verfahren, s. www.criticalcollective.org/?publication=biodiversity-and-livelihoods-under-attack-from-industrial-bio-economy-strategy

⁴

www.foeeurope.org/publications/2011/Briefing_Europe_Global_Land_Demand_Oct11.pdf

Produktionsmethoden zu ergreifen, die vor den Schiedsgerichten der Welthandelsorganisation angegriffen werden könnten.

Der Klimawandel wird im ATM als Imperativ verstanden, der zur Abkehr von Wirtschaftswachstum um jeden Preis und zum Aufbau einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsweise zwingt. Fossile Energie-Rohstoffe müssen im Boden bleiben und oberirdische CO₂-Speicher, wie z.B. große Waldgebiete müssen geschützt werden. Die EU muss u.a.:

- das System des Emissionshandels abschaffen und durch eine CO₂-Steuer ersetzen,
- verbindliche Energie-Einsparungsziele festsetzen und die bisher geplante CO₂-Reduzierung von 20% im Jahr 2020 auf 40% erhöhen,
- Importe von energieintensiven Produktion verteuern und energiesparende Produkte fördern,
- ihre CO₂-Schulden an die Entwicklungsländer zurückzahlen, z.B. durch freiwillige Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel,
- Regeln für geistige Eigentumsrechte unterstützen, die den Transfer von Klimaschutztechnologien fördern anstatt zu behindern.

Auf der Suche nach profitablen Betätigungsfeldern für europäische Unternehmen, versucht die EU seit Jahren **öffentliche Dienstleistungen** zu privatisieren und die Märkte für das **öffentliche Beschaffungswesen** zu öffnen. Bisher waren vor allem Entwicklungsländer das Ziel der EU-Kommission, die u.a. das öffentliche Beschaffungswesen in die Wirtschaftspartnerschafts-Abkommen mit den AKP Staaten hineinzwingen wollte, oder die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Voraussetzung für die Vergabe von Hilfskrediten machte. Mit der Euro-Krise und den Verhandlungen zur Transatlantischen Freihandelszone geraten auch die EU-Mitgliedstaaten zunehmend ins Zielfeld: die von der Krise am stärksten betroffenen Länder werden im Zuge der „Hilfsmaßnahmen“ zum Ausverkauf des öffentlichen Sektors gezwungen, wobei auch viele Arbeitsplätze verloren gehen. In den TTIP-Verhandlungen liegt die öffentliche Beschaffung auf beiden Seiten des Atlantik komplett auf dem Verhandlungstisch – die Möglichkeit, öffentliche Aufträge zur Förderung regionaler Kleinunternehmen einzusetzen, oder öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu koppeln sind bedroht.

Das ATM sieht hochwertige, öffentliche Dienstleistungen als ein Gütezeichen moderner Demokratien an. Sie sind ein notwendiger Bestandteil von Gesellschaften, in denen die Würde und Rechte der Menschen und das heißt auch ihr Zugang zu lebensnotwendigen Dienstleistungen wie Wasser, Gesundheit, Bildung u.a. nicht vom Geldbeutel abhängen. Das Recht von Gesellschaften ihre Steuern in öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen sinnvoll zu verwenden, darf nicht beschnitten werden. Das ATM fordert daher von der EU, die Privatisierung und Liberalisie-

zung von öffentlichen Dienstleistungen in der EU und weltweit aufzugeben und statt dessen in den öffentlichen Sektor zu investieren. Außerdem sind die öffentliche Beschaffung als Instrument für Umwelt- und Entwicklungspolitik zu verstehen und entsprechend ist den Behörden zu ermöglichen, strategische Vergabeentscheidungen zu treffen.

Handelspolitik und Freihandelsverträge werden auch dazu benutzt, die Interessen der Konzerne an **geistigen Eigentumsrechten** wie Patenten zu sichern. Dies geht oft auf Kosten der Bevölkerung, die sich Medikamente nicht leisten kann, oder deren Rechte an einheimischen Saatgut von Konzernen angegriffen werden. Der freie Austausch von Wissen, die Grundlage einer wissensbasierten Weltgesellschaft wird verhindert. Das ATM fordert daher, dass der Schutz geistiger Eigentumsrecht nicht dem öffentlichen Interesse oder dem Schutz der Menschenrechte im Weg stehen darf. Die EU muss in ihrer Handelspolitik einen ausgewogenen Umgang mit geistigen Eigentumsrechten anstreben, der öffentliche Interessen, Menschenrechte und entwicklungspolitische Aspekte genauso berücksichtigt wie berechnete Verwertungsinteressen.

Öffentlichkeit und Partizipation

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört auch die demokratische Kontrolle der Menschen über ihre Handels- und Investitionspolitik. Das ATM wendet sich gegen das Prinzip geheimer Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und selbst der parlamentarischen Vertretungen. Die herrschende Praxis, dass vor allem die Lobbyisten der Wirtschaft an den Verhandlungen teilnehmen, während andere gesellschaftliche Interessen und Gruppen nicht einmal Zugang zu den Diskussionspapieren haben, muss durchbrochen werden.

Das ATM schlägt daher ein Verfahren für das Initiieren, Verhandeln und Beschließen von Handels- und Investitionsverträgen vor, das Zivilgesellschaft und Parlamenten eine größere Rolle als bisher gibt, die Rolle der Kommission begrenzt und den Konzerneinfluss zurückdrängt. Alle Verhandlungstexte sollen öffentlich gemacht werden, über neue Transparenz-Regeln sollen Lobby-Kontakte von Kommission und Parlamentariern offen gelegt werden, sowie während des gesamten Verhandlungsverlaufs privilegierter Zugang einzelner Interessengruppen ausgeschlossen und statt dessen aktiv unterschiedliche Standpunkte und Interessen einbezogen werden. Das Mandat zur Einleitung von Verhandlungen soll der Kommission entzogen und den Parlamenten übertragen werden. Vor Beginn eines Verhandlungsprozesses sind unabhängige und umfassende Bedarfs- und Notwendigkeits-Tests unter Beteiligung der Zivilgesellschaft in allen betroffenen Ländern durchzuführen, um dafür zu sorgen, dass die Verhandlungen im öffentlichen Interesse stattfinden. Regelmäßige öffentliche Konsultationen zum Verhandlungsstand und unabhängige Untersuchungen zu Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte sollen die Verhandlungen begleiten. Schließlich sollen vor Vertragsabschluss nochmals umfassende öffentliche Konsultation durchgeführt werden, in deren Verlauf auch Änderungen eingebracht werden können. Der zweite Teil des ATM-Projektes ist eine Kampagne, die das Ergebnis

ins EU-Parlament und an die Öffentlichkeit trägt. Damit trägt das ATM-Projekt auch zur Stärkung des Widerstands gegen das TTIP bei.

Gegen das TTIP hat sich in Deutschland bereits im Frühjahr 2013 ein neues gesellschaftliches Bündnis aus bisher 22 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz, Entwicklungs- und Handelspolitik zusammengeschlossen und das gemeinsame Positionspapier „Transatlantische Partnerschaft geht anders“ entwickelt. Vor allem NGO's aus dem Umwelt-, Landwirtschafts- und Nahrungsbereich sind stark vertreten. Unter der Federführung der Internetaktivisten von Campact fand anlässlich des Obama-Besuchs im Juni eine erste medienwirksame Aktion in Berlin statt. Europaweit rufen das Europäische Attac Netzwerk, das freihandelskritische Seattle to Brussels Network, Friends of the Earth, der Kleinbauernverband La Via Campesina Europe und andere zum Aufbau eines Bündnisses auf und arbeiten gemeinsam mit US-Gruppen an der transatlantischen Koordination. Attac-Deutschland hat die Kampagne gegen das TTIP zum Schwerpunkt für das Jahr 2014 erklärt und ist mit eigenen Aktivitäten und in den bundes- und europaweiten Netzwerken aktiv dabei.

In den USA wird Handelspolitik stärker kontrovers diskutiert als in der EU. Die bekannten negativen Folgen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA und das deutlich stärkere Mitspracherecht der Parlamente bilden dafür eine bessere Grundlage. Trade Watch, die handelskritische Abteilung der großen Verbraucherschutzorganisation Public Citizen, arbeitet zusammen mit einer Vielzahl weiterer Netzwerke am Aufbau der US-Kampagne.

(verfasst von Johannes Lauterbach; erschienen im Attac-Basistext 45 „Die Freihandelsfalle“)